



WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Die Planwirtschaft der DDR – Mythos und Wirklichkeit

Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Vergangenheit der DDR keineswegs vollständig bewältigt. Besonders die Wirtschaftsgeschichte des untergegangenen Sozialismus ist nach wie vor von zahlreichen Mythen und Legenden umrankt. Diese Mythen sind ausgesprochen gefährlich, unterminieren sie doch gerade unter jungen Menschen die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Ländern. *Von Stefan Kolev*

Seit letztem Jahr wird an der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI in Erfurt ein Projekt durchgeführt, das sich dem ideellen Erbe der DDR-Planwirtschaft widmet. Ausgangspunkt dieser Untersuchung, die an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Bildung angesiedelt ist, ist die Frage, was die heutige Ordnungsökonomik leisten kann, um die Wirtschaftsgeschichte der DDR aufzuarbeiten. Denn ein Verständnis der Mechanismen der Planwirtschaft kann gerade dazu hilfreich sein, um die heutige Soziale Marktwirtschaft besser in ihren Zusammenhängen zu verstehen, Mängel in ihrer Funktionsweise zu erkennen und sie dadurch in Zukunft kreativ weiterzuentwickeln.

Interviews mit Studierenden der Universität Erfurt im vergangenen Sommer haben ein bemerkenswertes Bild der zur Wendezeit geborenen Generation ergeben. Diese Interviews zeigten deutlich, dass zunächst eine deutliche Diskrepanz zwischen dem starken Erfahrungsbedürfnis junger Menschen im Hinblick auf die DDR-Geschichte einerseits und den quantitativ mangelhaften Leistungen vieler Lehrkräfte im Schulunterricht andererseits besteht. Für Schülerinnen und Schüler ist nicht feststellbar, ob es der vorgegebene Lehrplan oder der persönliche Unwille

der Lehrenden ist, der dazu führt, dass die DDR-Geschichte in den Neuen Ländern derart nachrangig behandelt wird und in den Augen der Interviewten gerade im Vergleich zur Geschichte des Nationalsozialismus eine absolute Nischenrolle im Unterricht der Sekundarstufe fristet. Es ist also zu hinterfragen, ob das staatliche Schulwesen genügend dazu beiträgt, dass die junge Generation im Osten ein adäquates und hinreichend klares Bild von der Vergangenheit im sozialistischen Deutschland erhält. Wenn die Geschichte der DDR überhaupt im Unterricht stattfindet, dann werden nach Aussagen der Interviewten meist politische Aspekte wie die Stasi, der 17. Juni oder der Mauerbau thematisiert. Was aber vollkommen unterrepräsentiert erscheint, ist gerade die Wirtschaftsgeschichte vier Jahrzehnte Sozialismus. Umso wichtiger erscheint die Rolle, welche die nicht-schulischen Träger politischer Bildung auf diesem Gebiet übernehmen.

Die wissenschaftliche Analyse des Projektes und der daraus entstehenden Publikation vollzieht sich auf drei Ebenen. Zunächst wird in einem theoretischen Teil erörtert, welche grundsätzlichen Argumente denkbar sind, um die Frage nach der Über- oder Unterlegenheit der Planwirtschaft im Vergleich zur Marktwirtschaft

IN DIESER AUSGABE

Die Planwirtschaft der DDR –
Mythos und Wirklichkeit Seite 1/2

Eine gute Nachricht – Thüringen
kommt 2012 voraussichtlich ohne
neue Schulden aus Seite 3

Aktuell: Tagung, Röpke-Nachlass,
Berufung, Neue Mitarbeiterin Seite 4

zu diskutieren. Bereits in den 1920er- und 1930er-Jahren wurden im Westen die sogenannten Sozialismuskalkulationsdebatten zwischen liberalen und sozialistischen Ökonomen geführt, die auf verschiedenen Ebenen die Überlebensfähigkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung kontrovers diskutierten. Für die Studie wird daraus eine Kaskade aus drei Argumenten aufgebaut, welche die theoretischen Probleme für die Planwirtschaft verdeutlichen: Es handelt sich dabei um die Argumente der Freiburger Schule um Walter Eucken, der Wiener Ökonomen Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek sowie der Public Choice-Schule.

Kompakt dargestellt, sieht die Kaskade wie folgt aus: Zunächst lautet die Diagnose der Freiburger Ordoliberalen, dass die Planwirtschaft die größtmögliche Machtkonzentration aufweist, die eine Wirtschaftsordnung innehaben kann. Dies bedeutet, dass die geballte wirtschaftliche Macht durch ihre Kombination mit der politischen Macht des sozialistischen Staates dazu führt, dass dem einzelnen Betrieb und besonders dem einzelnen Konsumenten kaum Gestaltungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Freiräume verbleiben. Auch wenn der Sozialismus dieses Problem durch Dezentralisation seiner Planungskompetenzen lösen könnte, kommt das zweite Problem

der Kaskade zum Tragen, welches die Wiener Ökonomen vorbringen. Auch einer teilweise dezentralisierten Planwirtschaft wird es kaum gelingen, das Wissen der beteiligten Akteure in diesem Maße in den Wirtschaftsprozess einfließen zu lassen, wie es für die Marktwirtschaft möglich ist. Das liegt daran, dass der Planungsbürokratie das flexible Preissystem fehlt, welches den Mittelpunkt der Marktwirtschaft bildet. Ohne die Preise wird es nach Mises und Hayek unmöglich sein, das dezentrale Wissen der Millionen Akteure adäquat abzubilden und die verschiedensten Güter der Ökonomie, besonders ihre Kapitalgüter, in ihrer richtigen (und sich permanent verändernden) Knappheit zu bepreisen.

Aber auch wenn auch dieses Problem zu lösen wäre, etwa durch Simulation von Märkten innerhalb der Planwirtschaft wie von Vertretern des Marktsozialismus in den Kalkulationsdebatten gefordert, so kommt in der Kaskade das dritte Argument hinzu, dasjenige der Public Choice-Theoretiker. Dieses Argument kreist um die Frage nach der Reformfähigkeit und der Flexibilität des sozialistischen Staates. Denn sowohl die Dezentralisation, die zur Lösung des Machtproblems notwendig ist, als auch die Simulation von Märkten, die zur Lösung des Wissensproblems unerlässlich ist, erfordert einen höchst dynamischen sozialistischen Staat, der bereit ist, sowohl in seiner Struktur- als auch in seiner Preispolitik permanent Wandel zuzulassen und Freiräume für die Subjekte der Ökonomie zu gewähren.

Nach dieser ersten theoretischen Analyse wird auf der zweiten Ebene des Projektes die Wirtschaftsgeschichte der DDR analysiert, und zwar im Hinblick auf die oben erörterten Probleme für die Theorie und Praxis der Planwirtschaft. Es existieren bereits hervorragende wirtschaftsgeschichtliche Werke und es ist nicht notwendig, eine neue umfassende Studie zu allen Aspekten der DDR-Planwirtschaft zu verfassen. Stattdessen werden die obigen Argumente als Prisma benutzt, um ausgewählte Abschnitte aus der Geschichte der

Planwirtschaft in Ostdeutschland zu analysieren und zu überprüfen, inwieweit die DDR die von den liberalen Theoretikern vorgebrachten Argumente effektiv lösen konnte.

Im Hinblick auf das Macht- und das Wissensproblem erscheint es beispielsweise besonders ertragreich, die Reformen Walter Ulbrichts in den 1960er-Jahren zu betrachten, die gerade danach strebten, marktwirtschaftliche Elemente in das Gerüst der stalinistischen Planwirtschaft einzubauen und damit eine Dezentralisation der Ökonomie zu erreichen. Diese Dezentralisation soll dazu dienen, den Betrieben mehr Freiräume zu geben, sie in ihren Entscheidungen ein Stück weit vom zentralen Planungskorsett unabhängiger zu machen und Elemente eines flexiblen Preissystems einzuführen, damit die Knappheiten besser als bis dahin in den Kalkulationen abgebildet werden.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Flexibilität des Staates wiederum ist es sinnvoll, die Reformen Honeckers zu analysieren, die in den 1970er- und 1980er-Jahren durch die Rücknahme der Ulbricht'schen Dezentralisation endgültig dazu führten, dass das Preissystem vollständig erstarrte, der Wille zur Rücknahme der preisverzerrenden Subventionstatbestände in allen Bereichen der Ökonomie verschwand und damit gerade das Gegenteil erreicht wurde, was von marktsozialistischen Theoretikern gefordert wurde. Auch wenn also der Versuch unternommen wurde, die Probleme der Vermachtung und der Wissensverarbeitung zu gehen, so scheiterten diese Versuche der DDR immer nicht nur am Festhalten am planwirtschaftlichen Dogma, sondern auch am zunehmenden Reformunwillen der vergreisenden Staatsführung.

Auf der dritten Ebene der Studie geht es darum, die Wirtschaftsgeschichte auf einer Mikroebene zu analysieren, indem verschiedene Akteure zu interviewen sind, um zu zeigen, wie das konkrete alltägliche Leben in der Planwirtschaft aussah. Dabei wird es einerseits darum gehen, Personen

aus der Planungsbürokratie und einzelnen Betrieben zu interviewen, die die Praxis „von innen“ aufzeigen können. Andererseits ist es aber unerlässlich, ehemalige Bürger der DDR zu interviewen, die nicht in Führungsfunktionen der Planwirtschaft standen, sondern „von außen“ als normale Arbeiter und Konsumenten die 40 Jahre Planwirtschaft erlebt haben. Die Frage hier wird sein, inwieweit die wirtschaftliche Unfreiheit, neben der politischen Unfreiheit wohl das wichtigste Kennzeichen der Ostblock-Länder, alltäglich spürbar war, wie sich die Reformwellen auf der Makroebene auf die Mikroebene des einzelnen Bürgers auswirkten und inwieweit die Mechanismen des sozialistischen Staates und der Planwirtschaft zu verschiedenen Zeitpunkten als reformfähig erschienen.

Das zentrale Ziel der Untersuchung ist es, ihre Ergebnisse in den Prozess der politischen Bildung einzuspeisen. Dazu werden bereits verschiedene Kooperationsbeziehungen aufgebaut, etwa zur Universität Erfurt oder auch zur Konrad-Adenauer-Stiftung, um in verschiedenen Formaten an Menschen der Neuen Länder heranzutreten und über die Mythen des untergegangenen Sozialismus zu diskutieren. Der Schwerpunkt dabei liegt, aufgrund der eingangs thematisierten Unzulänglichkeiten im Schulunterricht, gerade im Dialog mit Jugendlichen an Schulen und Universitäten: Sie sind es, welche über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Ländern entscheiden, und da erscheint die Auseinandersetzung mit der untergegangenen Planwirtschaft ein unverzichtbarer Baustein.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Kolev, S. (2010): Vom Scheitern der DDR aus ordnungsökonomischer Sicht, *HWWI Insights 02*. Inklusive Interview mit Prof. Dr. Dagmar Schipanski „Die Hypothek der DDR: Die Soziale Marktwirtschaft erbt einen Bankrott“. Download unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/insights/hwwi-insights-ausgabe-02-2010/vom-scheitern-der-ddr-aus-ordnungsökonomischer-sicht.html>.

Eine gute Nachricht – Thüringen kommt 2012 voraussichtlich ohne neuen Schulden aus

Die Thüringer Landesregierung hat Mitte dieses Jahres ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2012 vorgelegt, der erstmals seit zwei Jahren wieder auf die Aufnahme neuer Schulden verzichtet. *Von Justus Lenz*

Nachdem noch 2010 und 2011 die Aufnahme von neuen Krediten in erheblichem Umfang im Regierungsentwurf vorgeschlagen wurde, knüpft der aktuelle Landeshaushaltsentwurf an die schuldenfreien Jahre vor 2010 an. Um dies zu erreichen, schrumpft das Haushaltsvolumen von den noch für 2011 geplanten 9,48 Milliarden Euro Ausgaben auf knapp unter 9 Milliarden Euro. Damit ist der neue Haushaltsentwurf sowohl mit dem Verzicht auf die Aufnahme neuer Schulden, als auch mit der Reduzierung des Haushaltsvolumen um 490 Millionen Euro ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Denn die mittelfristige finanzielle Perspektive für den Freistaat Thüringen ist weiterhin besorgniserregend. So muss nach wie vor mit einem deutlichen Rückgang der Einnahmen bis 2020 gerechnet werden, da sowohl Zuweisungen vom Bund, als auch von der Europäischen Union deutlich zurückgehen werden. Momentan wird zwar nicht mehr mit dem *Worst-Case*-Szenario von einem Einnahmenniveau deutlich unter 7 Milliarden Euro gerechnet, aber selbst bei einer aktuell realistischen Einnahmeprognose für 2020 von 7 bis 7,5 Milliarden Euro steht dem Landeshaushalt ein weiterer schmerzhafter Konsolidierungsprozess bevor.

Um mit dem Jahr 2020 bei Einnahmen in dieser Größenordnung einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, müssten die Ausgaben in jedem weiteren Jahr zwischen 2012 und 2020 um rund 214 bis 286 Millionen Euro verringert werden. Dies ist zwar nicht unmöglich, aber doch ein Kraftakt, der ein breites Verständnis in Politik und Öffentlichkeit für diese Aufgabe voraussetzt. Zudem wäre mit einem solchen Konsolidierungspfad nur die Aufnahme neuer Schulden abgewehrt, der

	2008*	2009*	2010*	2011*	2012**
Haushaltsvolumen	9 189 890 000 €	9 271 568 600 €	9 815 370 300 €	9 484 299 000 €	8 995 133 000 €
Neuverschuldung	0 €	0 €	820 983 200 €	471 867 000 €	0 €

* verabschiedeter Haushalt (Soll). – ** Haushaltsentwurf (Soll).
Quelle: Thüringer Finanzministerium.

eigentlich ebenso nötige Beginn einer Tilgung der Altschulden ist noch nicht eingerechnet. Das eine Schuldentilgung möglich ist, zeigt das Beispiel Sachsens, wo seit 2009 in jedem Jahr 75 Millionen Euro Tilgung eingeplant wurden. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist also nicht der Abschluss der Konsolidierungsphase, sondern erst ihr Beginn – wenn es wirklich gelingt, 2012 auf neue Schulden zu verzichten.

Zunächst einmal muss der Haushaltsentwurf noch im Landtag beraten und verabschiedet werden: Das die schwarze Null den parlamentarischen Prozess überleben wird, ist aber wahrscheinlich. Ob dies jedoch auch für den Haushaltsvollzug gilt, ist schon zweifelhafter. Denn der ausgeglichene Haushalt beruht natürlich auch auf der guten Entwicklung der Steuereinnahmen. Falls die Wirtschaft wieder deutlich schwächer wachsen, ja vielleicht gar erneut schrumpfen sollte, wäre der ausgeglichene Landeshaushalt 2012 schnell in ernster Gefahr.

Ein weiteres Risiko stellt der Schuldendienst dar. 2012 müssen auslaufende Kredite mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro refinanziert werden. Ein Anstieg des aktuell sehr niedrigen Zinses für neue Kredite würde also schnell die Zinslast erhöhen. Zudem sollte nicht verschwiegen werden, dass 2012 auch einige Sondereinnahmen zum Neuverschuldungsverzicht beitragen. Allein 27 Millionen Euro sollen Thüringen

aus gefundenem Vermögen von Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR zufließen, weitere 17 Millionen Euro aus der Auflösung des Stiftungsvermögens der Stiftung FamilienSinn. Dennoch sieht es für den Haushalt 2012 gut aus, was das Ziel des Neuverschuldungsverzichts angeht. Jetzt kommt es darauf an, den eingeschlagenen Pfad nicht wieder zu verlassen.

Der Anfang Oktober vorgelegte Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 ist in dieser Hinsicht sehr ambivalent (http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tfm/berichte/mifrifri_11_15.pdf). Einerseits plant die Landesregierung bis 2015 keine Aufnahme neuer Schulden. Hierzu ist sie nach gültigem Gesetz auch verpflichtet, da die Landeshaushaltsordnung in der momentan sehr guten wirtschaftlichen Lage die Aufnahme neuer Schulden verbietet. Andererseits ist dieses Ziel aber nicht nur von den bereits beschriebenen generellen Unwägbarkeiten überschattet. Für die Jahre 2013-2015 kommt die schwarze Null jeweils nur durch Einstellung einer Globalen Minderausgabe zustande. Über die drei Jahre zusammen gerechnet handelt es sich hier um 415 Millionen Euro, deren Einsparung noch nicht erbracht, sondern nur gewünscht ist.

Justus Lenz ist Research Associate an der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI in Erfurt, Doktorand an der Universität Erfurt und Referent für Haushalts- und Finanzpolitik bei der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag.

TAGUNG

In Zusammenarbeit mit der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt veranstaltet des HWWI vom 8. bis zum 10. Dezember auf Schloss Ettersburg eine Tagung zum Thema „**Perspektiven einer Neuen Ordnungsökonomik**“. Die Ordnungsökonomik hat in Deutschland nach wie vor einen schweren Stand. Über ihre Probleme ist im Rahmen des „neuen Methodenstreits“ ausführlich diskutiert worden. Die Frage indes, wie ein Neuanfang aussehen könnte, ist bisher weitgehend unbeantwortet geblieben. Die geplante Tagung setzt es sich zum Ziel, diese Frage in Angriff zu nehmen, und ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass das ordnungswirtschaftliche Forschungsprogramm gerade heute von großer theoretischer wie wirtschaftspolitischer Relevanz ist. Wir freuen uns besonders, unter anderem Lars Feld (Walter Eucken Institut, Freiburg im Breisgau, und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), und Deirdre McCloskey (University of Illinois at Chicago) für Beiträge gewonnen zu haben.

RÖPKE-NACHLASS

Seit einiger Zeit sind die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI in Erfurt und das Wilhelm-Röpke-Institut dabei, den **Nachlass von Wilhelm Röpke**, welcher sich im Original am Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln befindet, zu digitalisieren, um so diesen reichen Fundus für interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zugänglich zu machen. Die vergangenen Monate waren in diesem Vorhaben durch wesentliche Fortschritte gekennzeichnet. Durch eine verstärkte Kooperation mit dem Kölner Institut für Wirtschaftspolitik sowie die Begleitung durch die Historiker Dr. Uwe Dathe und Professor Dr. Hans Jörg Hennecke ist es gelungen, den Digitalisierungsprozess entscheidend voranzutreiben, so dass aus heutiger Sicht damit zu rechnen ist, dass dieser in den unmittelbar nächsten Monaten endgültig abgeschlossen wird. Parallel wurde in Erfurt die Erstellung eines Findbuchs zu den bereits erfassten Materialien in Angriff genommen, welche ebenfalls sehr gut vorangekommen ist.

HWWI News Thüringen kann abonniert werden unter: newsthueringen@hwwi.org.

BERUFUNG

Drei ordnungswirtschaftlich arbeitende Institutionen in Deutschland sind eine wichtige personelle Verbindung eingegangen: **Professor Dr. Thomas Straubhaar**, Direktor des HWWI und Vorsitzender des Vorstandes des Wilhelm-Röpke-Instituts, ist zum Kuratoriumsmitglied der Freidrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit berufen worden. Professor Straubhaar ist bereits seit Langem Vertrauensdozent der Stiftung in Hamburg und wurde nun in ihr höchstes Gremium berufen.

NEUE MITARBEITERIN

Die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI in Erfurt hat eine neue Mitarbeiterin. Frau **Aleksandra Klofat**, die in Polen geboren wurde und in Frankfurt/Main Ökonomie, Politische Wissenschaften und Jura studiert hat, ist im Rahmen des Graduiertenkollegs Soziale Marktwirtschaft in die Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgenommen worden. Sie promoviert bei PD Dr. Joachim Zweynert zum Thema „Institutioneller Wettbewerb und ökonomische Integration im postsozialistischen Raum – eine ordnungswirtschaftliche und empirische Analyse“.